

**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 32. Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates (AB/032/2019)**

**am Mittwoch, 5. Juni 2019,**

**17:00 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 200, 1. Etage,  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:50 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Dr. Hussein Hasham Jinah

**stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen**

Angelika Malberg	(bis 19:00 Uhr)
Dr. Helfried Reuther	(bis 19:17 Uhr)
Dr. Margot Gaitzsch	
Kerstin Wagner	
Tina Siebeneicher	(bis 19:15 Uhr)
Vincent Drews	(bis 19:10 Uhr)
Gordon Engler	(bis 19:00 Uhr)

**stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund**

Truong Binh Bui	
Maria Elena Domingo San Juan	
German Levenfus	
Rustam Maks	
Dr. Asad Mamedow	
Dr. Md Shahinur Rahman	(bis 18:42 Uhr)
Dr. Juri Tsoglin	

**Abwesend:**

**stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen**

Jens Genschmar	(entschuldigt - parallele Gremiensitzung)
Jan Kaboth	(entschuldigt - parallele Gremiensitzung)

**stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund**

Viktor Vincze	(entschuldigt - Standbetreuung „Dresden is(s)t bunt“ i. V. des Beirates)
Yujie Yao	(entschuldigt - Dienstreise)
Halyna Yefremova	

**Verwaltung:**

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann	Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen
Frau Schöne	Sozialamt
Herr Dr. Kühn	Jugendamt
Frau Grohmann	Amt für Kindertagesbetreuung

**Gäste:**

Herr Prof. Dr. Tonn	DRK Blutspendedienst
Frau Dr. Okamoto	
Frau Böttner	Familien- und Integrationszentrum „Cinderella“ e. V.

**Schriftführer/-in:**

Frau Richter	15.11 SG Stadtratsangelegenheiten
--------------	-----------------------------------

## T A G E S O R D N U N G

### öffentlich

- 1 Blutspende - diskriminierungsfrei organisieren
- 2 Fachplan Asyl und Integration 2022 **V2927/19  
beratend**
- 3 Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2019/2020 **V2864/19  
beratend**
- 4 Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden - Spezifischer Teil (Teil IV), hier: Planungsberichte der Stadträume 1, 2, 3, 4/5, 7, 8/9, 10, 11/12, 13/14, und 15 **V2896/19  
beratend**
- 5 Erteilung Aufenthaltserlaubnisse ausländischer Ärzte mit einem ausländischen Abschluss während des Anerkennungsverfahrens
- 6 Berichte aus den Arbeitsgruppen und über die Mitarbeit in Gremien
- 7 Festlegungskontrolle
- 8 Informationen/Sonstiges
- 8.1 Informationen der Integrations- und Ausländerbeauftragten

### nicht öffentlich

- 9 Informationen/Sonstiges

### öffentlich

- 9.1 Informationen des Vorsitzenden sowie Informationen und Fragen der Mitglieder

## öffentlich

Der Beiratsvorsitzende, **Herr Dr. Jinah**, stellt die Beschlussfähigkeit des Integrations- und Ausländerbeirates bei elf anwesenden Mitgliedern sowie die form- und fristgemäße Ladung des Gremiums fest.

Im Anschluss gibt er einen Überblick über die Tagesordnung und kündigt unter dem Tagesordnungspunkt 8 mehrere Themen an, u. a. anstehende Termine des Integrations- und Ausländerbeirates bis zur nächsten Beiratssitzung Ende Oktober 2019 sowie die Wahl des Integrations- und Ausländerbeirates am 1. September 2019.

*Der Integrations- und Ausländerbeirat bestätigt einvernehmlich die unveränderte Tagesordnung.*

### 1 Blutspende - diskriminierungsfrei organisieren

**Herr Prof. Tonn** dankt für Einladung. Ihm sei das Thema wichtig. Momentan sei er nicht nur der Leiter des Dresdner Instituts des DRK-Blutspendedienstes, sondern auch der Leiter des Blutspendedienstes Nord-Ost. Dieser umfasse die Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin, Brandenburg und Sachsen mit Sitz in Dresden. Die verschiedenen Blutspendedienste Deutschlands seien in einer Arbeitsgemeinschaft der Blutspendedienste zusammengeschlossen. Von diesen sei er aktuell auch der Sprecher. Daher spreche er für ganz Deutschland in der Angelegenheit und werde auch kontaktiert.

Er stellt klar, dass man bemüht sei, jede spendebereite Person zur Blutspende zuzulassen, auch wenn das bei der Blutspende vor Ort anders wahrgenommen werde. Man wolle niemanden diskriminieren. Deswegen gefalle ihm der Titel des Tagesordnungspunktes nicht besonders. Eine diskriminierungsfreie Blutspende habe man per se. Er versichert, dass es keine Vorgaben innerhalb der Blutspende gäbe, jemanden wegen seiner Herkunft o. ä. von der Blutspende auszuschließen.

Bei der Blutspende habe das DRK eine Verantwortung gegenüber dem Spender. Das DRK organisiere Blutspendetermine – mobil als auch stationär. Grundsätzlich gelte, dass man nicht nur die Verantwortung gegenüber dem Patienten habe, sondern auch gegenüber dem Spender. Um die Sicherheit für den Spender bei einer Blutspende zu wahren, müsse eine Kommunikation zwischen dem Arzt und der spendenden Person möglich sein. Der Arzt übernehme die medizinische Verantwortung für die Spende und die Spendenden. Wenn der Arzt den Spender überhaupt nicht verstehen könne und der Spender bei Komplikationen nicht in der Lage sei, seine Beschwerden etc. zu artikulieren, obliege es dem Arzt vor Ort zu entscheiden, dass er von dieser Person leider keine Blutspende entgegennehme. Eine Kommunikation sei aus medizinischen Gründen zwingend nötig.

Außerdem habe Deutschland hinsichtlich der Blutspende weltweit ein Alleinstellungsmerkmal. In Deutschland werde die Blutspende als Arzneimittel eingestuft. Somit gelten das Arzneimittelgesetz sowie das Transfusionsgesetz. Beide Gesetze werden untersetzt mit den Hämotherapie-richtlinien, die den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik darstellen. Darin sei relativ

genau aufgeführt, wer zur Blutspende zugelassen werden dürfe und wer nicht. Diese strengen Vorschriften gelten sei dem AIDS-Skandal, als HIV durch nicht getestete Blutspenden übertragen worden sei.

Nach Gesetz müsse das direkte Gespräch zwischen Arzt und Spender möglich sein, also ohne eine dolmetschende Person. Außerdem werde jeder Spender nach der Blutspende gefragt, ob sein Blut wirklich verwendet werden dürfe oder ob er zu einer Risikogruppe gehöre. Auch sei per Gesetz die besondere Vertrauenslage zwischen Arzt und Spender geregelt. Der Arzt vor Ort müsse nach dem persönlichen Gespräch mit der spendebereiten Person entscheiden, ob eine mögliche Vorerkrankung des Spenders eine Blutspende dennoch möglich mache. Das heißt, unabhängig von der Herkunft etc. seien das gesetzlich vorgegebene Grundvoraussetzungen, die auf den Terminen gegeben sein müssen, damit eine Spende möglich sei. Es müsse also ein gewisses Grundverständnis der Sprache vorliegen. Dabei schließt er mögliche Fremdsprachenkenntnisse auf der Arztseite mit ein.

Herr Prof. Tonn räumt ein, dass der Fragebogen kompliziert sei. Dieser stamme von der Bundesoberbehörde, dem Paul-Ehrlich-Institut. Das alles trage zu der Sicherheit der heutigen Blutspende bei. Derzeit liege die Sicherheit der Übertragung von HIV durch Blutprodukte bei 1:30 Millionen. Dazu tragen die Maßnahmen der genauen Anamnese und der direkten Befragung sowie des Ausschlusses von Risikogruppen bei.

Dennoch habe das DRK nach Möglichkeiten zur Lösung der Problematik gesucht. Es gebe einen englischen Fragebogen, welcher eine Übersetzungshilfe zum Ausfüllen des deutschen Fragebogens sei. Als amtliches Dokument nach dem Arzneimittelgesetz für die Herstellung des Arzneimittels gelte der deutsche Spenderfragebogen, welcher vollständig ausgefüllt sein müsse, samt Unterzeichnung der Einverständniserklärung. Die Aufsicht darüber habe die Landesdirektion, die auch regelmäßige Inspektionen vornehme.

Wenn mithilfe der Übersetzungshilfe der deutsche Fragebogen ausgefüllt werden könne und ein englischsprechender Arzt vor Ort sei, sei eine Blutspende grundsätzlich möglich. Leider gebe es in Sachsen wenige Ärzte, die Englisch sprechen. Das sei ein lokales Problem, welches man in anderen Bundesländern nicht habe. Es würden immer Ärzte gesucht, die auf den mobilen Blutspendeterminen als Freiberufler oder auf Honorarbasis arbeiten. In Dresden als Universitätsstadt habe man jüngere Ärzte mit Englischkenntnissen und Approbation. In anderen Regionen Sachsens und Brandenburgs stelle sich die Situation anders dar. Es bestehe Arztmangel und ältere Ärzte sprechen oft kein Englisch. Die Blutspendetermine ließen sich nicht so organisieren, dass bei jedem Blutspendetermin ein Arzt mit Fremdsprachenkenntnissen vor Ort sei. Bei Blutspendeterminen an der Technischen Universität kommen viele ausländische Studenten. Dafür würden vermehrt englischsprechende Schwestern und Ärzte eingesetzt.

Er fasst zusammen, dass die aktuelle Praxis keine Diskriminierung sei, sondern man die engen gesetzlichen Grenzen einzuhalten habe und das vertrauensvolle Verhältnis zwischen lokalem Arzt und dem Blutspender gewahrt sein müsse, wofür ein Grundverständnis der Kommunikation gegeben sein müsse. Gleichwohl würde man gern mehr Spender gewinnen und zur Integration beitragen.

**Frau Stadträtin Kerstin Wagner** dankt für die ausführliche Information. Auch wenn es nicht beabsichtigt sei, passiere es dennoch, dass einzelne Personen nicht zur Spende zugelassen wür-

den, weil sie den Fragebogen nicht verstehen oder mit dem Arzt nicht sprechen können, weil er nicht Englisch spreche. Sie regt an, dass das DRK offensiv damit umgehe. Wenn klar sei, dass zu einem Spendetermin auch ein englischsprechender Arzt vor Ort sei, könnte bei der Veröffentlichung der Termine darauf hingewiesen werden.

**Herr Prof. Tonn** findet den Vorschlag nicht schlecht. Bisher werde darauf hingewiesen, dass jederzeit auch direkt am Institut in Dresden Blut gespendet werden könne. Dort seien öfters junge englischsprachige Ärzte im Einsatz. Sicherlich könne man auf Termine mit englischsprachigem Personal hinweisen. Umgekehrt würden sich dann einige bei Terminen, wo das nicht explizit ausgewiesen sei, ausgeschlossen fühlen. Er nimmt die Anregung auf und werde über eine Umsetzung nachdenken.

Man könne auch gemeinsam einen Termin vereinbaren, der vom Integrations- und Ausländerbeirat unterstützt werde, der in einem internationalen Umfeld stattfinde. Auch suche das DRK Ärzte. Voraussetzung sei die Approbation. Das DRK gebe auch Unterstützung, um die Approbation zu erhalten. Voraussetzung sei jedoch, dass dieser Arzt Deutsch spreche.

Außerdem benötige der Blutspender einen Wohnsitz in Deutschland, wo er kontaktiert werden könne.

Er schildert die Auswirkungen kontaminierten Blutes auf immungeschwächte Personen, die lebensbedrohlich sein können. Wenn ein Patient erkrankte, der eine Blutspende erhalten habe, werde zurückverfolgt, ob nicht das Blutpräparat infiziert gewesen sei. Die Rückstellproben müssten dann aufgetaut und nachuntersucht werden. In Einzelfällen seien die Spender zu kontaktieren, weil noch Proben für Bestätigungstests gebraucht würden. Aufgrund der Vielzahl von Spenden seien das jährlich tausende Fälle. Insofern sei eine Kommunikation Voraussetzung.

**Frau Stadträtin Malberg** bemerkt, dass sie die Situation am Institut sehr genau kenne, da ihr Mann der Vorgänger von Herrn Prof. Tonn gewesen sei. Auch wisse sie von den klaren Regeln für eine Blutspende. Sie fragt nach konkreten Fällen, die Anlass der heutigen Einladung gewesen seien.

**Herr Prof. Tonn** ist daran ebenso interessiert.

**Frau Stadträtin Wagner** teilt mit, dass die Frage in der letzten Sitzung von Frau Stadträtin Gottwald gekommen sei. Diese habe mit Personen gesprochen, die weggeschickt worden, weil sie zu einzelnen Fragen im Fragebogen nachgefragt hätten. Die Personen haben die Auskunft erhalten, dass sie kein Blut spenden könnten. Daraus sei die Frage entstanden, ob man organisatorisch etwas ändern könne, und es sei mit dem DRK-Blutspendedienst Kontakt aufgenommen worden. Heute habe man von der Möglichkeit erfahren, dass es eine englische Übersetzungshilfe zum deutschen Fragebogen existiere und teilweise englischsprachige Ärzte im Einsatz seien.

**Herr Prof. Tonn** beschreibt, dass viele mobile Teams im Einsatz seien. Diese würden geschult. Weiter gebe es ein Qualitätsmanagementsystem sowie eine von ihm herausgegebene Handlungsanweisung. Darüber hinaus habe man ein Beschwerdemanagement. Er habe keine Kenntnis der Situation vor Ort (großer Andrang, personelle Situation etc.). Insofern könne er nicht ausschließen, dass das vorkomme und wirbt um Verständnis für die Mitarbeiter des Blutspen-

dedienstes, die die Termine absichern. Missverständnisse könnten nicht ausgeschlossen werden.

Er werde die heutige Unterredung in diesem Gremium zum Anlass nehmen, um vorsorglich auf der nächsten Schulung aller Entnahmekräfte darauf hinzuweisen, dass niemand, der nicht hiesig aussehe, wegen einer Nachfrage zum Fragebogen weggeschickt werde. Letztlich könnten auch deutsche Erstpender den Fragebogen meist nicht ohne Fragen ausfüllen. Wenn er nähere Informationen (Ort, Datum) von dem Vorfall hätte, könnte er dem konkret nachgehen.

**Frau Winkler** interessiert, ob die Ärzte, die für den Blutspendedienst arbeiten, eine bestimmte Qualifikation mitbringen müssten.

**Herr Prof. Tonn** teilt mit, dass die Approbation in Deutschland vorliegen müsse. Die Ärzte würden für den Einsatz vom Blutspendedienst geschult.

**Frau Winkler** weiß, dass aktuell viele syrische Ärzte, die auch schon gut Deutsch sprechen, das Appobationsverfahren durchlaufen. Möglicherweise könne dieses Potential an arabischen Muttersprachlern syrischer Herkunft für den Blutspendedienst genutzt werden. In Dresden gebe es auch eine große Community aus dem arabischsprachigen Raum.

**Herr Prof. Tonn** ist offen für Vorschläge, zumal syrische Ärzte nach seiner Erfahrung sehr gut grundausgebildet seien, eine hohe Qualifikation mitbringen und sich schnell integrieren. Er gibt zu bedenken, dass der schriftliche Teil einer Blutspende nachvollziehbar sein müsse, um die Blutspende nachzuprüfen und den Blutspender bei Bedarf zu kontaktieren. In Österreich habe es einen Fall gegeben, wo ein Patient aufgrund einer Blutspende an Malaria erkrankt und dann verstorben sei, weil der Spender eine frühere Malaria-Erkrankung verschwiegen habe. Über das Look-back-Verfahren sei der Spender dann strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen worden.

**Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch** dankt für die ausführliche Information durch Herrn Prof. Tonn. Es gebe auch deutsche Muttersprachler, die die Fachtermini des Fragebogens nicht vollumfänglich erfassen würden.

**Frau Domingo** fragt, ob es möglich wäre, den Fragebogen in einfacher deutscher Sprache zu fassen.

**Herr Prof. Tonn** nimmt die Anregung mit. Gleichzeitig verweist er auf die umfassende Beteiligung von Fachinstitutionen bei der Erarbeitung dieses Fragebogens, weshalb seine Einflussnahme Grenzen habe. Demnächst werde auf die digitale Datenverarbeitung umgestellt. Der Fragebogen stehe dann digital zur Verfügung und werde auf einen iPad ausgefüllt. Er könne dann schon vor der Blutspende zu Hause ausgefüllt werden. Damit eröffneten sich interaktive Möglichkeiten oder das Nachschlagen sowie die Übersetzung. Doch bis zur flächendeckenden Umsetzung müssten noch einige Hürden genommen werden.

Abschließend spricht Herr Prof. Tonn eine Einladung zur Führung des Integrations- und Ausländerbeirates durch das Institut für Transfusionsmedizin Dresden des DRK-Blutspendedienstes Nord-Ost aus.



**Herr Dr. Jinah** dankt **Herrn Prof. Tonn** im Namen des Beirates für die Einladung in das Institut und dass er den Integrations- und Ausländerbeirat so ausführlich informiert habe.

## 2 Fachplan Asyl und Integration 2022

V2927/19  
beratend

**Frau Schöne**, Sozialamt, stellt die Vorlage anhand einer Präsentation vor (Anlage 1 zur Niederschrift).

Zum Beschlussvorschlag macht sie darauf aufmerksam, dass keine finanziellen Untersetzungen vorhanden seien. Danach seien im Rahmen der zur Verfügung stehenden Budgets in den Jahren 2019/2020 die Maßnahmen umzusetzen. In den Folgejahren seien für gesonderte oder neue Maßnahmen Deckungsvorschläge zu erarbeiten und den Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

**Herr Stadtrat Dr. Reuther** konstatiert, dass die CDU-Fraktion darin ein Problem sehe. Man sei sich einig, dass Integration wichtig sei, damit keine Parallelstrukturen entstünden. Aber der Bericht enthalte seitenweise Maßnahmen und seitenweise werde bei fast jeder Maßnahme angeführt, dass sie Haushaltsrelevanz habe. Es stehen aber keinerlei Summen dabei, sodass man nicht wisse, über welche Größenordnung man spreche. Er zitiert die Beschlusspunkte 2 und 3. Es sei nicht ansatzweise einzuschätzen, welche Kosten mit dem Beschluss verbunden seien. Der dritte Beschlusspunkt lasse den Stadtrat möglicherweise auch weitgehend außen vor, weil auf das zuständige Gremium nach Hauptsatzung verwiesen werde. Das könne im Einzelfall statt des Stadtrates die zuständige Beigeordnete oder der Oberbürgermeister sein. Damit wären Entscheidungen am Stadtrat vorbei möglich. Das möchte die CDU-Fraktion nicht. Deshalb werde man der Vorlage nicht zustimmen.

**Frau Schöne** teilt mit, dass dieser Einwand bereits in anderen Gremien vorgetragen worden sei. Der Fokus sei bei dem Plan auf die fachlichen Aspekte gelegt. Sie bestätigt, dass die Maßnahmen Haushaltsrelevanz aufweisen, selbst wenn es nur personelle Ressourcen betreffe. Auch gebe es größere Maßnahmen mit höherem finanziellen Aufwand. Zum Teil seien es Maßnahmen, die schon in der Vergangenheit geplant und zum Teil schon in den Vorhaben berücksichtigt würden. Sie spricht dafür, den Fokus bei dem Fachplan auf die Fachlichkeit und die Integration zu legen. Es müsste dann geschaut werden, inwieweit die Maßnahmen finanziell untersetzbar seien.

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** ergänzt, sie könne den Unmut ein Stück weit verstehen. Es sei jedoch das „Lesen in der Glaskugel“, was die Zugänge von Asylsuchenden und Geflüchteten betreffe. Weder Bund noch Land geben der Landeshauptstadt eine Prognose. Daher prognostiziere man selbst. Insofern habe man keine Größenordnung, mit wie vielen Zugängen in den nächsten Jahren zu rechnen sei.

Außerdem sei ein dynamisches Handeln des Bundes und des Landes bei der Finanzierung des Bereiches Flüchtlinge und Asyl festzustellen, was die Unterstützung von Kommunen betreffe. Für die Kommune handle es sich bei Unterbringung und Begleitung geflüchteter Menschen um einen pflichtigen Bereich. Momentan werde die Kommune von Bund und Land stark unterstützt, aber man wisse nicht, ob sich das auch künftig so fortsetze. Fest stehe, dass Integration Geld koste. Die Größenordnung lasse sich allerdings nicht quantifizieren. Gleichwohl sei dieser Be-

reich sehr wichtig und könne nur mit dem Stadtrat gemeinsam gestaltet werden. Die Verwaltung habe die Erfahrung gemacht, wenn in den Themenbereich investiert werde und man eine qualitativ gute Begleitung und menschenwürdige Unterbringungssituation sowie Integrationschancen und Vernetzung auf der Akteursebene schaffe, tue es der Gesamtgesellschaft gut – nicht nur den einzelnen Menschen, sondern auch den Stadtteilen und -quartieren.

Das, was der Fachplan Asyl mit dem Ressourcenansatz und dem Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ bezwecke, sei ebenso auf andere Bereiche wie Seniorinnen und Senioren sowie die Wohnungslosenhilfe übertragbar. Weil man jedoch die Kennziffern (wer komme, wie sei die Bleibeperspektive, das Geschlecht, das Alter etc.) nicht kenne, könne man keine konkreten Beträge beziffern.

**Herr Stadtrat Drews** hat der Vorlage entnommen, dass es für die Jahre 2019/20 ein Haushaltsbudget im Bereich Integration für den Geschäftsbereich gebe. Soweit das Budget reiche, würden Maßnahmen finanziert. Für die beiden darauffolgenden Jahre 2021/22 stehe der Vorbehalt eines neu zu beschließenden Haushaltes. Für alle Projekte, für die die bisher eingestellten Mittel nicht ausreichen, werde es neue Vorlagen mit entsprechenden Finanzierungsquellen geben. Wenn das so zutrefte, sieht er kein Risiko für neue Kosten, die im Doppelhaushalt noch nicht abgebildet seien. Er verweist auf die geltende Hauptsatzung, die die Zuständigkeit der Gremien mit entsprechenden Wertgrenzen regelt. Insofern sieht er keine Gefahr der Unterwanderung des Stadtrates.

**Frau Winkler** dankt Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann sowie dem Sozialamt für die intensive Zusammenarbeit bei der Erarbeitung des Fachplanes, in die ihr Büro involviert worden sei. Das Problem der finanziellen Auswirkungen werde sich auch bei der Erarbeitung des Integrationskonzeptes zeigen, welches eine größere Zielgruppe (wie Studierende und ausländische Fachkräfte) habe. Die Zahl ließe sich nicht prognostizieren, weil zu viele Einflussfaktoren eine Rolle spielen. Insofern sei eine Planung eine große Herausforderung. Wenn das Geld nicht reiche, sei es Usus, dass der Geschäftsbereich zunächst selbst nach einer Deckungsquelle suche. Erst wenn keine Lösung gefunden werde, würde mit dem Oberbürgermeister und der Stadtkämmerei nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten gesucht und gegebenenfalls werde der Stadtrat beteiligt, der über die Prioritätensetzung entscheide. Deswegen unterstützt sie den vorgeschlagenen Weg der Verwaltung, der sich in der Formulierung des Beschlussvorschlages widerspiegeln würde.

**Herr Dr. Jinah** konstatiert, dass die Verwaltung hier eine Qualitätsarbeit mit fundierter Fachlichkeit vorgelegt habe, die ein gutes Fundament und Gerüst für die Zukunft darstelle. Er sieht keine weiteren Fragen des Gremiums und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** Zustimmung  
Ja 10 Nein 3 Enthaltung 1

**3 Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2019/2020**

**V2864/19  
beratend**

**Frau Grohmann**, Amt für Kindertagesbetreuung, stellt die Vorlage anhand einer Präsentation vor (Anlage zur Niederschrift) und geht auf die Eckwerte der Planung ein.

**Herr Dr. Jinah** konstatiert, dass die frühkindliche Phase für die Entwicklung die wichtigste Lebensphase darstelle. Kinder seien die Zukunft. Daher müsse darin investiert werden.

Auf die Frage von **Herrn Dr. Tsoglin** erklärt **Frau Grohmann**, dass laut Sozialgesetzbuch die Kindertagesbetreuung zum Jugendamt gehöre. In Dresden sei für den Bereich Kindertagesbetreuung ein eigenes Amt gegründet worden, das Amt für Kindertagesbetreuung.

**Herr Dr. Tsoglin** stellt fest, dass sich ausländische oder binationale Eltern eine zweisprachige Kindertagesbetreuung wünschen. Er fragt, wie das Amt für Kindertagesbetreuung diesem Wunsch in seinen Planungen begegne. Je früher man eine Sprache erlerne, umso leichter lerne man sie. Des Weiteren spricht er sich dafür aus, das Potenzial ausländischer Einwohner zu nutzen. Ihn interessieren Möglichkeiten, diese Personen dafür zu schulen oder weiterzubilden.

**Frau Grohmann** führt zur Sprachförderung aus, dass in den Kindertageseinrichtungen mit einem hohen Professionalisierungsgrad Migrationsarbeit geleistet werde. In Plauen und der Johannstadt sei damit eher begonnen worden als in Kitas anderer Stadtgebiete. Daher habe der Arbeitskreis Integration das Konzept zur Mehrsprachigkeit entwickelt, welches den Rahmen für die Konzepte der verschiedenen Träger bilde. Jede Kita sei beauftragt, ein Konzept zu haben. Der Anspruch sei, je früher Integrationsmöglichkeit bestehe, desto eher könne sie genutzt werden.

Jede zweite Kita habe einen zusätzlichen Experten, der über das Bundesprogramm finanziert werde und sich als Sprachförderkraft bezeichne. Dieser sei Experte am Standort, um die Fachkräfte zu unterstützen. Parallel dazu gebe es eine Fachberatungsstruktur mit vier zusätzlichen Fachkräften für Dresden, die wiederum diese Fachkräfte in der Einrichtung beraten. Damit existiere ein dichtes Netz an Möglichkeiten, beraten zu können.

Das Amt für Kindertagesbetreuung habe alle Möglichkeiten zur Fachkräfteakquise genutzt. Es seien etwa zehn Gespräche mit dem Staatsministerium für Kultus sowie dem Landesamt für Schule und Bildung bezüglich der Verfahrensvereinfachung geführt worden. In der Sächsischen Qualifizierungsverordnung seien die Abschlüsse fixiert. Nun müssten die Berufsanerkennungsverfahren des Einzelnen dazu führen festzustellen, was er gegebenenfalls noch brauche, um die Anerkennung zu erhalten. Es gebe verschiedene Angebote in Dresden, u. a. in der Evangelischen Hochschule.

Aufgrund geringer Nachfrage seien verschiedene Angebote bereits eingestellt worden. Sie stellt fest, dass verschiedene Träger Verfahren beschreiben, die ein dreiviertel Jahr und länger dauern. Das sei ärgerlich, weil die Fachkraft spätestens nach dem dritten Monat aufgeben. Verfahrenseitig sei alles geklärt. Es könne nur optimiert werden, oder es würden schnellere Verfahrenswege gefunden. Nach Möglichkeit nutze der Eigenbetrieb das Fachkräftepotential zu einhundert Prozent.

**Herr Maks** dankt für die geleistete Arbeit. Die Praxis zeige, dass das strategische Management funktioniere. Er wünscht Details der Verantwortlichkeit für die Organisation und Planung der Kindertagesbetreuung und äußert die Überlegung, ob einige Communities eigene Einrichtungen einrichten könnten. Er fragt, ob solche Maßnahmen bereits vorgesehen seien.

**Frau Grohmann** erläutert, dass das Amt für Kindertagesbetreuung die Planungshoheit habe und somit auch den Plan erstelle. Das Angebot werde vom Bedarf abgeleitet. Laut Prognose sinken

die Kinderzahlen in den nächsten Jahren, und erst im Jahr 2035 werde man das heutige Niveau wieder erreichen. Eine neue Kita führe zu einer geringeren Auslastung anderer Kitas. Deswegen liege der Fokus darauf, Kooperationen mit bestehenden Einrichtungen aufzubauen bzw. sich zur Betreuung neu gebauter Einrichtungen zu bewerben.

Zur Bitte von **Herrn Maks**, dem es um die Unterstützung von Migranten bei solchen Fragen gehe, sagt **Frau Grohmann** zu, ihm Kontaktdaten des Amtes für Kindertagesbetreuung zur Verfügung zu stellen.

**Frau Winkler** berichtet, dass sie zurzeit sehr viel mit dem Oberbürgermeister in neu gegründeten Migrantenvereinen unterwegs sei. Menschen, die vor etwa fünf Jahren nach Deutschland gekommen seien, hätten inzwischen ein gutes Sprachniveau und sich selbst organisiert. Der Oberbürgermeister informiere dort über die Bildungsstrategie und die sich daraus ergebenden Potenziale. Dabei treffe man immer wieder Menschen, die im Ausland einen pädagogischen Abschluss erworben haben und sich jetzt, da sie die deutsche Sprache sprechen, mit den Themen Ausbildung und Arbeit beschäftigen. Sie weiß, dass über die Kulturdolmetscher ein Zugang möglich sei. Darüber könne nur eine begrenzte Personenzahl aufgenommen und unterstützt werden, teils mit berufsbegleitendem Studium. Ein Teil werde wahrscheinlich auch noch einmal das Lehrerstudium aufnehmen. Sie fragt, ob man den pädagogisch ausgebildeten Migranten ein Angebot unterbreiten könne, damit sie die Lücke an pädagogischem Fachpersonal in der Stadtverwaltung schließen könnten.

**Frau Grohmann** berichtet, dass der Weg aktuell über die berufsbegleitende Ausbildung beschritten werde. Die freien Träger seien dazu informiert. Die Ausschreibung starte gerade. Die Ausbildungskapazitäten seien in Sachsen allerdings nicht mit dem Bedarf und dieser Initiative mit gewachsen. Das Amt habe eruiert, dass in diesem und im Folgejahr jeweils über 100 zusätzliche Ausbildungskapazitäten geschaffen werden. Das erhöhe die Chance, Fachkräfte für die Dresdner Kitas zu gewinnen. Nach der Eignungsfeststellung für berufsbegleitende Ausbildung würden die Personen in der Regel mit 32 h Wochenarbeitsstunden angestellt. Eine Anstellung sei sowohl bei den städtischen Kitas als auch bei den Kitas in freier Trägerschaft, die auf dresden.de zu finden seien, möglich. Sie hofft, dass dieses Angebot auf reges Interesse stoße.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** Zustimmung  
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1

<b>4</b>	<b>Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden - Spezifischer Teil (Teil IV), hier: Planungsberichte der Stadträume 1, 2, 3, 4/5, 7, 8/9, 10, 11/12, 13/14, und 15</b>	<b>V2896/19 beratend</b>
----------	--	------------------------------

**Herr Dr. Kühn**, Jugendamt, stellt die Vorlage ausführlich vor.

Abschließend spricht er den Kontakt zu muslimischen Gemeinden an. Die Kontaktaufnahme gestalte sich erfahrungsgemäß schwierig.

**Frau Winkler** antwortet, dass sie sehr intensiv mit muslimischen Gemeinden in Dialog stehe. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass man andere Wege als die klassischen bekannten Wege wählen müsse. Es handle sich um kleine, ehrenamtliche Strukturen, die durch die große Anzahl muslimischer Gläubiger in ihren Häusern viel zu tun haben. Die Ehrenamtlichen kämen schnell an ihre Leistungsgrenzen. Sie habe gute Erfahrungen gemacht, wie man dennoch in Dialog komme. Dafür sollte man an den Veranstaltungen der Gemeinden teilnehmen, wie am Fest des Fastenbrechens nach dem Ramadan oder dem Tag der offenen Moschee. Darüber käme man ins Gespräch und könne die jeweilige Gemeinde in Aktivitäten einbinden. Im Übrigen habe der Zentralrat der Muslime mit dem Islamischen Zentrum am Flügelweg ein Projekt eingereicht, eine professionelle Struktur zu entwickeln. Dieses sei bewilligt worden. Da Frau Winkler persönliche Kontakte habe, bietet sie Unterstützung bei der Kontaktaufnahme an.

**Herr Dr. Mamedow** bestätigt, dass in den muslimischen Gemeinden ehrenamtlich gearbeitet werde. Er verweist an den Ausländerrat Dresden e. V., der auch als Ansprechpartner zur Verfügung stehe. Die Kontaktaufnahme mit den Gemeinden laufe auf persönlicher Ebene, weshalb sich offene Angebote der Gemeinden dafür eignen. Er betont, dass die Bereitschaft für Kontakte und die Gastfreundschaft seitens der Gemeinden hoch seien.

**Herr Dr. Kühn** bemerkt, dass nicht das Jugendamt selbst damit ein Problem habe, sondern das Gemeinwesen in der Stadtteilrunde.

**Frau Winkler** bestärkt das Jugendamt, die Informationen in die relevanten Stadtteile zu transportieren. Es gebe viele niedrighschwellige Zugänge, um Kontakte mit den muslimischen Gemeinden zu knüpfen. Sie sei bereit, hier Unterstützung zu geben.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** Zustimmung  
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

## 5 Erteilung Aufenthaltserlaubnisse ausländischer Ärzte mit einem ausländischen Abschluss während des Anerkennungsverfahrens

**Herr Dr. Jinah** verweist auf die zur Verfügung gestellten Unterlagen, die am gestrigen Tag per E-Mail an die Mitglieder versandt worden seien.

Die Mitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

## 6 Berichte aus den Arbeitsgruppen und über die Mitarbeit in Gremien

### AG Wahlen: Wahl des Integrations- und Ausländerbeirates am 1. September 2019

**Herr Dr. Jinah** informiert, dass das Wahlverfahren zur Kandidatur aktuell laufe. Ansprechpartner sei die Abteilung Grundsatz, Statistik und Wahlen des Bürgeramtes. Die Registratur der Kandidaten sei im Stadtbezirksamt Altstadt auf der Theaterstraße möglich. Dabei seien einige Formalia

zu erfüllen, u. a. Wohnsitz in Dresden mit Aufenthaltsrecht und 20 gültige Unterstützungsunterschriften.

Die Arbeitsgruppe Wahlen des Integrations- und Ausländerbeirates sei kürzlich zusammengekommen und habe sich zum Prozedere verständigt. Die Vorstellung der Kandidaten sei bei der letzten Wahl des Beirates im Hörsaalzentrum der Technischen Universität Dresden und im Kulturrathaus erfolgt. Das habe der damalige Vorsitzende des Integrations- und Ausländerbeirates organisiert. Damals haben sich 40 Kandidaten beworben, wobei sich nicht alle Kandidaten vorgestellt haben. Auch sei die Redezeit nicht begrenzt worden.

Herr Dr. Jinah trägt seine Vorstellungen vom Verfahren bei dieser Wahl vor. Die Vorstellung solle an mehreren Orten in Dresden stattfinden. Außerdem sollte die Redezeit auf 2 Minuten begrenzt werden.

Da die Hemmschwelle hoch sei, ins Rathaus zu kommen, habe die AG Wahlen Veranstaltungsorte in verschiedenen Stadtteilen ausgewählt. Der erste Termin sei der 19. August 2019 im Weltclub Königsbrücker Straße. Dort sollen sich Kandidaten aus dem Dresdener Norden vorstellen.

**Herr Dr. Jinah** stellt die Überlegung in den Raum, dass bei einer hohen Kandidatenanzahl die jeweiligen Communities vorschlagen sollen, welche Kandidaten ihrer Community sich vorstellen dürfen.

**Herrn Stadtrat Drews** ist berichtet worden, dass die Formulare für die Kandidatur und die Sammlung der Unterschriften nicht digital angeboten werden, sondern persönlich in der Verwaltung abgeholt werden müsse.

**Herr Dr. Mamedow** informiert, dass nach telefonischer Abforderung auch der E-Mail-Versand möglich werde.

**Herr Stadtrat Drews** findet die Selektion der Kandidaten für die offizielle Vorstellung schwierig. Alle Kandidaten müssen die gleichen Chancen erhalten. Falls es sehr viele Kandidaten seien, müsse über das Format der Vorstellung nachgedacht werden.

**Frau Stadträtin Siebeneicher** äußert sich positiv über die Öffentlichkeitsarbeit der Wahl des Integrations- und Ausländerbeirates. Auch die Wahlforen sind ihr wichtig. Sie fragt, welche Form von Öffentlichkeitsarbeit im öffentlichen Raum noch angedacht sei.

**Frau Winkler** informiert, die wachsende Öffentlichkeitsarbeit gehe darauf zurück, dass sie seit Monaten Praktikantinnen damit beschäftige, kleine Artikel zu schreiben. Seit letzter Woche stehe der Internetauftritt, welcher inzwischen mehrsprachig abrufbar sei, überarbeitet und aktualisiert zur Verfügung. Außerdem werde im städtischen Flüchtlingsnewsletter monatlich ein Artikel veröffentlicht, wo um Unterstützung gebeten werde. Damit solle die Wahlbeteiligung erhöht werden. Die Maßnahmen würden bis August 2019 fortgesetzt.

Darüber hinaus würden auch andere Weg beschritten und die Möglichkeiten ausgeschöpft. In dem monatlichen Elbe-Magazin des arabischen Herausgebers seien ebenso Beiträge veröffentlicht worden.

Frau Winkler habe an das Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit den Wunsch herangetragen, für die Wahl des Integrations- und Ausländerbeirates eine Citylight-Plakat-Aktion durchzuführen, um die Wichtigkeit der Wahl hervorzuheben und die Beteiligung zu erhöhen. Leider sei das abgelehnt worden. Die Gründe seien ihr trotz Nachfrage nicht bekannt. Insofern gebe es städtischerseits mutmaßlich nur die Aktivitäten, die von ihrem Büro ausgehen.

Erfreulich sei, dass es zu dieser Wahl ein mehrsprachiges Merkblatt gebe. Es werde in Abhängigkeit von der Papiergröße in 8 bis 10 Sprachen informiert. Auf dresden.de seien darüber hinaus weitere Sprachen abrufbar.

Was die öffentliche Vorstellung der Kandidaten anbelange, so rät sie dazu, allen Kandidaten die gleichen Chancen einzuräumen. Sie selbst nehme ein gesteigertes Interesse an der Beiratswahl wahr, auch von Frauen. Sie erwarte eine höhere Frauenbeteiligung und eine größere Vielfalt.

**Herr Levenfus** äußert sich kritisch gegenüber der Ablehnung der Plakatierung durch das Presseamt, die er für diskriminierend hält.

**Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch** nimmt auf die Kandidatenvorstellung Bezug und spricht für die Gleichbehandlung aller Kandidaten. Gegebenenfalls müssten mehr Termine als bisher geplant für die öffentliche Vorstellung stattfinden.

**Herr Dr. Jinah** betont, dass seine Äußerung hinsichtlich der Kandidatenvorstellung nur eine Überlegung gewesen sei. An einer Redezeitbegrenzung würde er festhalten. Außerdem wünscht er sich, den Frauenanteil unter den Mitgliedern des Beirates zu erhöhen. Vielleicht wähle der Beirat auch eine Frau als Vorsitzende.

**Frau Winkler** erinnert alle Mitglieder der AG Wahlen an die gemeinsame Doodle-Liste, in der drei Termine bereits fest vereinbart seien. Es seien aber einige Orte und Termine mehr avisiert worden. Das bedeute, dass einige der Mitglieder auch nach vier Wochen noch nicht ihre „Hausaufgaben erledigt haben“. Wenn man das nicht in den nächsten Tagen organisiert bekomme, weiß sie nicht, ob der Wunsch, in den wichtigsten Stadtteilen bei Migrantenorganisationen diese Kandidatenvorstellung durchzuführen, tatsächlich realisiert werden könne. Sie bittet eindringlich, die „Hausaufgaben“ unverzüglich nachzuholen. Zu Detailfragen, wie die Ergänzung weiterer Termine, verweist sie an Herrn Vincze.

## **7 Festlegungskontrolle**

- inhaltsleer -

## **8 Informationen/Sonstiges**

*Der Integrations- und Ausländerbeirat ist ab 19:17 Uhr nicht mehr beschlussfähig, da ein Teil der Stadträte zu der Veranstaltung „Dresden is(s)t bunt“ auf dem Altmarkt gegangen sind.*

## 8.1 Informationen der Integrations- und Ausländerbeauftragten

### Gedenken des 10. Todestages von Marwa El-Sherbini

**Frau Winkler** informiert, dass sich in wenigen Wochen der 10. Todestag von Marwa El-Sherbini jähre. Sie verweist auf [www.dresden.de/marwa](http://www.dresden.de/marwa). Das Bürgermeisteramt habe dort die Veranstaltungen, die der Vorbereitungskreis entwickelt habe, veröffentlicht.

### Demokratiekonferenz des Freistaates am 4. Juni 2019 – „Charta der Vielfalt“

**Frau Winkler** berichtet von der am Vortag stattgefundenen Veranstaltung. Dort sei die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet worden. Unter Anwesenheit des Sächsischen Ministerpräsidenten, Herrn Kretschmer, der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Frau Köpping, und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Widmann-Mauz, seien Sachsen als 15. Bundesland der Charta sowie die Handwerkskammer beigetreten.

Im Anschluss habe die Gelegenheit bestanden, die Teilnehmer zum Thema „Charta der Vielfalt“ zu befragen, was für sie sehr interessant gewesen sei. Aktuell haben sie noch ein etwas anderes Verständnis dieser Charta. Diese sei klassisch ein Arbeitgeberinstrument, sich zur Vielfalt zu bekennen und eine Selbstverpflichtung abzugeben. Nach Einschätzung von Frau Winkler stehe der Freistaat noch am Anfang, sich zu öffnen, auch was die Personalauswahl anbelange.

Der Ministerpräsident habe auf die Polizei verwiesen. Er habe auch klare Botschaften gesendet. So hätte er u. a. wahrgenommen, dass sowohl die Sächsischen Ausländerbehörden in den Kreisen und Kreisfreien Städten als auch die Zentrale Ausländerbehörde seiner Wahrnehmung nach noch nicht verstanden hätten, dass sie ein Dienstleister für Integration seien. Sie haben die Aussagen im Verstehen des Themas und in der Offenheit positiv überrascht.

### Interkulturelle Tage 22. September bis 13. Oktober 2019

**Frau Winkler** informiert, dass die Vorbereitungen laufen. Momentan arbeite man an der Öffentlichkeitsarbeit, einschließlich Programmheft, welches in Kürze in Druck gehe.

Die Mitglieder des Integrations- und Ausländerbeirates seien unabhängig vom Fortbestand ihrer Mitgliedschaft recht herzlich zu den Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Tage eingeladen.

### Dank an die Mitglieder

**Frau Winkler** dankt den Mitgliedern des Integrations- und Ausländerbeirates auch im Namen ihres Büros für die gute Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren, auch wenn „wir noch ein



bisschen Luft nach oben gehabt“ hätten. Letzteres betreffe insbesondere das Engagement der Mitglieder und in der Folge die Wahrnehmung des Beirates in der Öffentlichkeit.

### **9.1 Informationen des Vorsitzenden sowie Informationen und Fragen der Mitglieder**

#### **Informationen des Vorsitzenden:**

**Herr Dr. Jinah** informiert, dass bis zur Bestätigung des neuen Integrations- und Ausländerbeirates noch einige Veranstaltungen stattfinden werden, wo die Beteiligung der Mitglieder des Beirates erforderlich sei:

#### **Gedenken des 10. Todestages von Marwa El-Sherbini**

Am 4. Juli 2019 veranstalte der Integrations- und Ausländerbeirat ab 16 Uhr ausgehend vom Landgericht Dresden einen Mahngang. Dieser führe zu Wohnung Marwa El-Sherbinis, ihrer Arbeit und dem Spielplatz, wo sie beleidigt worden sei, und zurück zum Landgericht.

#### **Ehrenamtsbörse 2019**

Der Beirat sei dazu nicht angemeldet. Möglicherweise bestehe die Möglichkeit, als Beirat einen Tisch zu bekommen.

#### **Interkulturelles Straßenfest 2019**

Er habe abgestimmt, dass der Integrations- und Ausländerbeirat dort einen Platz erhalte.

#### **Themen der Mitglieder:**

##### **Thema für den nachfolgenden Integrations- und Ausländerbeirat:**

##### **Unterstützung des Jobcenters bei der Integration**

-  
**Herr Dr. Tsoglin** spricht die berufliche Integration von Migranten an, die er zu den Aufgaben des Beirates zähle. Er berichtet, dass bestehende Initiativen seitens des Jobcenters keine Unterstützung erfahren. Mehrere Anfragen seien nicht zufriedenstellend beantwortet worden. Auch widme sich das Jobcenter nicht diesem Thema. Das sei für ihn unverständlich. Außerdem äußert er Unverständnis, dass die Zahl der noch anwesenden Stadträte überschaubar sei.

**Herr Dr. Jinah** unterbreitet den Vorschlag, dieses Anliegen an den neuen Integrations- und Ausländerbeirat weiterzugeben. Er plane, eine Liste wichtiger Themen an den neuen Beirat weiterzugeben.

**Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch** bedauert, dass die Veranstaltung „Dresden is(s)t bunt“ parallel zu der heutigen Beiratssitzung stattfindet, weshalb sich die Zahl der Mitglieder inzwischen reduziert habe.

**Herr Dr. Jinah** teilt mit, dass er die Beiratssitzung nicht verschieben konnte, da der Termin der Beiratssitzung schon länger feststehe als der Termin von „Dresden is(s)t bunt“.

An dieser Stelle dankt er Herrn Vincze, der sich bereit erklärt habe, den Beirat bei der Veranstaltung zu vertreten.

### Gedenken an Marwa El-Sherbini

**Frau Stadträtin Wagner** erklärt, dass sie das Thema gern bei Anwesenheit von mehr Mitgliedern beraten hätte. Es wäre ein Thema für die Tagesordnung gewesen, doch leider habe man sich zu spät entschieden, das Thema weiter zu verfolgen:

Seit vielen Jahren fordere der Integrations- und Ausländerbeirat eine Straßenbenennung nach Marwa El-Sherbini. Die Fraktion Die Linke habe sich am gestrigen Tag entschieden, dieses Vorhaben noch vor der neuen Legislaturperiode voranzubringen. Man habe das Ziel, am Todestag von Marwa El-Sherbini (1. Juli 2019) einen Antrag einreichen.

Sie erläutert, dass eine Straßenbenennung nach einem vorgegebenen Verfahren ablaufe. Das sei nicht einfach. Deswegen wolle man nun den Park vor dem Landgericht nach Marwa El-Sherbini benennen. Dazu solle der Oberbürgermeister beauftragt werden. Einen ersten Antragsentwurf würde sie allen interessierten Mitgliedern zur Verfügung stellen, um daran mitzuwirken. Der Antrag solle möglichst fraktionsübergreifend eingereicht werden. Sie werde auch die CDU-Fraktion zwecks Beteiligung fragen.

Über den Anwalt der Ermordeten habe Frau Stadträtin Wagner Kontakt zu den Angehörigen gehabt. Sie sind mit dem Vorhaben einverstanden.

**Herr Dr. Jinah** begrüßt die Initiative, die bereits sein Vorgänger gehabt habe. Zu einer Straßenbenennung sei es wegen der hohen Hürden nicht gekommen.

**Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch** ergänzt, dass der Ort vor dem Gericht den großen Vorteil habe, dass der Park bisher keinen Namen habe. Bei einer Straßenbenennung müsste es eine Neubenennung sein, was schwierig sei. Der Park habe weder Namen noch Postadresse, weshalb eine Benennung relativ einfach vorzunehmen wäre.

**Herr Dr. Mamedow** unterstützt die Initiative zur Benennung des Parks nach Marwa El-Sherbini.

**Herr Levenfus** spricht sich für die Beteiligung des Stadtbezirksbeirates aus.

**Herr Dr. Jinah** stellt das Einverständnis der anwesenden Mitglieder des Integrations- und Ausländerbeirates fest, einen Antrag in den Geschäftsgang einzubringen, der die Benennung des Parks am Landgericht nach Marwa El-Sherbini zum Inhalt habe.

### Presseberichterstattung bezüglich der Vorwürfe gegen den Flüchtlingskoordinator, Herrn Zenker

**Herr Dr. Mamedow** greift die aktuelle Berichterstattung in den Medien auf, in denen von Vorwürfen eines schwul-transsexuellen Flüchtlingspärchens gegen Herrn Zenker berichtet werde. Er ist der Meinung, weil Flüchtlinge involviert seien, sollte im Beirat darüber gesprochen werden. Auch wenn noch nichts bewiesen sei, fragt er, was im Sozialamt unternommen worden sei, damit solche Abhängigkeitsverhältnisse nicht ausgenutzt werden.

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** erklärt, dass für die Sozialverwaltung momentan die Unschuldsumutung gelte. Es gebe Beschuldigungen, die in der Presse ventilieren. Solange es keine Belege und Beweise gebe und die Aussagen nicht vor Gericht geäußert bzw. schriftlich niedergelegt seien, müssten der Verwaltung die Hände gebunden sein. Personen, die der Sozialverwaltung Hinweise gegeben haben, dass es mögliche Übergriffe gegeben haben könnte, seien aufgefordert, diese zu verschriftlichen. Das sei bisher nicht erfolgt.

Gleichwohl nehme die Verwaltung die Vorwürfe sehr ernst. Mit dem Christopher Street Day e. V. habe man ein Arbeitsverhältnis. Er begleite besonders Schutzbedürftige mit unterschiedlicher sexueller Orientierung durch das Asylverfahren. Es gebe intensive Gespräche mit dem Verein und damit in Person des Herrn Zenkers, an den die Vorwürfe ganz direkt auch öffentlich herangetragen worden seien. Es gelte hier aufzuklären. Herr Zenker stehe als Privatperson in der Öffentlichkeit.

Das Sozialamt habe Begleitungsverträge mit verschiedenen Trägern geschlossen. Es gelte also bewusst zu trennen zwischen der Person und dem Rechtsverhältnis, also dem Arbeitsvertrag, der durch den Verein ausgeübt werde.

Ab dem 1. Juli 2019 werde die Migrationssozialarbeit im Sozialamt neu aufgestellt werde. In dieser neuen Aufstellung werde der Mensch komplex begleitet. Der Migrant mit dem Hintergrund Flucht/Asyl, der durch das Asylverfahren begleitet werde, erhalte Grundleistungsstunden (niedrigschwellige Begleitung und Betreuung). Fachleistungsstunden erhalten all jene Menschen, die ein Suchtproblem, ein innerfamiliäres Problem, ein psychosoziales Problem und ein Problem mit ihrer sexuellen Identität haben, was sie zu besonders Schutzbedürftigen mache. Hier gebe es eine bewusste Umstellung. Es werde stärker als bisher am Menschen gearbeitet und nicht selektiert.

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** spricht sich dafür aus, die Aufklärung abzuwarten.

### Schlussworte zum Ende der Legislatur

**Herr Dr. Jinah** bedankt sich als Vorsitzender des Integrations- und Ausländerbeirates bei den Beiratsmitgliedern. Der Beirat habe während seines Vorsitzes an vielen Veranstaltungen teilgenommen, sei in Klausur gegangen, habe inhaltlich kontrovers diskutiert usw.

An dieser Stelle bemerkt er, dass die Mitglieder ehrenamtlich mitgewirkt haben und das Zeitkontingent des Einzelnen für die Mitarbeit stark geschwankt habe.

Ferner entschuldigt er sich, dass es menschlich sei, Fehler zu machen und Schwächen zu haben. Ein Gremium im Visier von verschiedenen Parteien, Kräften etc. zu leiten, sei nicht immer einfach gewesen.

An dieser Stelle dankt er neben den einzelnen Beiratsmitgliedern auch Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann und Frau Winkler für die gute Zusammenarbeit.

Er blickt auf den nachfolgenden Beirat und wirbt darum, ihn zu unterstützen und zu motivieren.

Für die Zukunft schätzt er ein, dass es weitere Migrationsbeiräte in sächsischen Städten und Gemeinden geben werde. Die Bevölkerung werde homogener, vielfältiger und interkultureller, weshalb der Beirat ein wichtiges Gremium darstelle.

Damit schließt er die Sitzung.

Dr. Hussein Hasham Jinah  
Vorsitzender

Dr. Margot Gaitzsch  
Stadträtin

Rustam Maks  
Mitglied

Manuela Richter  
Schriftführerin